

## **Der gescheiterte Weltklimagipfel – Was kommt nach Kopenhagen?**

Nach tagelangen zähen Verhandlungen wurde im Dezember 2009 das Abschlussdokument der 15. UN-Klimakonferenz vom Plenum der 194 Vertragsstaaten nur formal zur Kenntnis genommen. Vorher hatten sich die Konferenzteilnehmer lediglich auf einen enttäuschenden Minimalkonsens einigen können. Die Klimakonferenz in Kopenhagen hat damit ihr Ziel, ein verbindliches Abkommen für den Klimaschutz zu schaffen, verfehlt und ist eindeutig gescheitert. Die Menschheit verliert weitere wichtige Zeit im Kampf gegen den Klimawandel, der unsere Lebensgrundlagen, vor allem aber das Überleben der Ärmsten auf der Welt gefährdet.

### **Was wurde beschlossen?**

Neben allen Enttäuschungen gab es in Kopenhagen immerhin eine gute Nachricht zu vermelden: Die Weltgemeinschaft hat sich endlich darauf verständigt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und orientiert sich damit an der Gradzahl, die in der Wissenschaft als gerade noch beherrschbar angesehen wird.

Daneben blieb es jedoch bei Absichtserklärungen und leeren Worthülsen. Ohne Zeitplan, ohne Zwischenziele, ohne differenzierte Maßnahmen, ohne wirkliche Überprüfbarkeit und vor allem ohne ein konkretes Programm zur Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer ist das in Kopenhagen entstandene Papier absolut unverbindlich und nichts anderes als der leicht zu durchschauende Versuch einer Gesichtswahrung der Staats- und Regierungschefs.

Die wenigen im Abschlussdokument getroffenen Aussagen zur Finanzierung des Klimaschutzes und der inländischen Strukturanpassung sind lediglich ein kleiner Schritt in die richtige Richtung:

- bis 2012 sollen von den Industrieländern jedes Jahr 30 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, bis 2020 soll die Summe auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar steigen,
- ein „Green Climate Fund“ zur Abwicklung der Gelder wird eingerichtet ,
- neue Maßnahmen zur Beschleunigung der technologischen Entwicklung und Verbreitung werden ergriffen,
- ein REDD<sup>1</sup>-Mechanismus, der die Treibhausgasemissionen aus Entwaldung und der Schädigung von Wäldern begrenzen soll, wird gegründet.

### **Was sind die Konsequenzen?**

Der dramatische Ausgang der Kopenhagener Verhandlungen stellt uns nun vor die große Herausforderung, möglichst schnell einen Weg aufzuzeigen, wie es weitergehen soll mit dem Klimaschutz. Was dabei nicht helfen wird, sind einseitige Schuldzuweisungen.

Denn die sich in Kopenhagen gezeigte faktische Machtlosigkeit der Vereinten Nationen (UN) ist nicht die Schuld einzelner Länder oder Regierungschefs. Sie resultiert vielmehr aus den vollkommen unterschiedlichen Interessenlagen und Zielen von Industrie-, Schwellen und Entwicklungsländern, die es fast unmöglich machten, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Die Politik muss sich daher fragen, ob große Konferenzen im Rahmen der UN

---

<sup>1</sup> REDD = Reducing Emissions from Deforestation and Degradation

überhaupt noch zufriedenstellende Ergebnisse produzieren können oder ob generell über neue Wege nachgedacht werden muss.

### **Führungsrolle im Internationalen Klimaschutz übernehmen**

Die Deutsche Regierung muss nun Konsequenzen ziehen: Wenn man eine internationale Vereinbarung unter dem Dach der UN will, ist es Deutschlands Aufgabe gemeinsam mit der EU eine klare Führungsrolle einzunehmen. Wenn die Bundesregierung es ernst meint mit dem internationalen Klimaschutz, sollte sie sofort damit beginnen, die anderen Industrieländern zu überzeugen, sich Treibhausgas-Minderungsziele zu setzen, mit denen das Erreichen des 2-Grad-Zieles möglich wird.

Im Rahmen der EU muss darauf bestanden werden, dass das Ziel einer unkonditionierten Senkung der Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 beschlossen wird und, dass möglichst schnell konkrete Angebote über die Finanzierung von Minde- rungs- und Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern unterbreitet werden.

Des Weiteren geht es vor allem darum, die USA ins Boot zu holen. Deutschland und die EU müssen alles daran setzen, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, ein anspruchsvolles nationales Klimagesetz zu verabschieden.

Auch darf man das Vertrauen der Entwicklungs- und Schwellenländer nicht verspielen, indem man globale Themen wie Klima und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausspielt. Die von Entwicklungsminister Niebel angekündigte Verrechnung der Gelder für Klimaschutz mit den bis 2015 versprochenen 0,7 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die Armutsbekämpfung wird uns hier mit Sicherheit nicht weiterhelfen.

### **Nationales Klimaschutzgesetz beschließen**

Unabhängig davon, wie der internationale Prozess im Rahmen der UN weitergeht, kann man aus dem Scheitern von Kopenhagen vor allem eines lernen: Wir dürfen uns nicht einfach zurücklehnen und auf einen Vertrag der Weltgemeinschaft warten. Deutschland ist vielmehr gefragt eigene ehrgeizige Reduktionsziele und Vorstellungen, wie es nach 2020 mit dem Klimaschutz weitergehen soll, zu formulieren.

Die Verabschiedung eines nationalen Klimaschutzgesetzes – das eine Effizienzrevolution auslöst und langfristig die Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energien umsetzt – wäre ein wichtiger Schritt in eine solche Richtung. Dieses Gesetz sollte insbesondere folgende Punkte enthalten:

- Festlegung auf eine unkonditionierte Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent bis 2020 und von 80 – 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990
- eine Prüfung der Erhöhung des 40-Prozent-Ziels
- Verdopplung der durchschnittlichen Primärenergieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 im Rahmen eines Effizienzgesetzes
- Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Energiebedarf auf rund 28 Prozent bis 2030
- Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf über 50 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent im Jahr 2050
- Verpflichtung des Bundes, seiner Behörden und Einrichtungen, vorbildhaft zur Erfüllung der Ziele des Gesetzes beizutragen
- Einsetzung eines Gremiums, das kontinuierlich die Erreichung der Klimaschutzziele

- kontrolliert und Vorschläge zur Erreichung der Ziele unterbreitet
- Einführung einer regelmäßigen Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit.

Neben das Gesetz muss schließlich die Einberufung einer nationalen Klimakonferenz zur Abstimmung der Klimaschutzstrategien auf bundes-, landes-, und kommunaler Ebene treten, damit bestehende Programme besser miteinander vernetzt werden können.

All diese Forderungen hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700522.pdf>) zusammengefasst, mit dem wir an die Bundesregierung appellieren, nun endlich zu handeln und sich als Erster und nicht – wie in Kopenhagen geschehen – als einer der Letzten zu bewegen.